

Landesparteitag:
**Verantwortung
für die Mitte**

Bundesparteitag:
**FDP stellt Weichen
für Wahlkampf**

Haushalt:
**Sparen, um Chancen
zu schaffen**

A close-up portrait of Professor Wolfgang Schulhoff, an older man with white hair and glasses, wearing a dark suit, white shirt, and a patterned tie. He is looking directly at the camera with a slight smile.

**„Der Staat darf sich nicht an die
Stelle der Tarifparteien setzen.“**

Interview mit Professor Wolfgang Schulhoff, Präsident des NRW-Handwerkstages

Liebe Leserinnen und Leser,

der Unterschied zwischen Schwarz-Gelb im Bund und Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen ist in den zurückliegenden Wochen deutlicher denn je geworden. Während die Landesregierung 3,4 Milliarden Euro neue Schulden macht und bereits zum dritten Mal in Folge mit einem Haushalt vor dem Verfassungsgericht gescheitert ist, hat die Bundesregierung den strukturellen Haushaltsausgleich eingeleitet und wird ab 2015 mit der Altschuldentilgung beginnen. Die FDP-Landtagsfraktion hat mit einem eigenen Konsolidierungskonzept gezeigt, wie NRW noch bis zum Jahr 2017 den Haushaltsausgleich erreichen kann.



Christof Rasche,
Parlamentarischer Geschäftsführer der
FDP-Landtagsfraktion NRW

Mehr über Christof Rasche:

 /Chris_rasche

 /ChristofRasche

Mehr über die FDP-Landtagsfraktion:

 /FDPFraktionNRW

www.fdp-fraktion-nrw.de

Nicht nur in der Finanzpolitik stellt Rot-Grün die Weichen falsch. Während die FDP mit einem Entfesselungsimpuls die Wirtschaft von überflüssiger Bürokratie entlasten möchte, verschlechtert Rot-Grün mit einem Tariftreue- und Vergabegesetz, einem ökologisch unwirksamen Klimaschutzgesetz, mit Steuererhöhungen und Überregulierung die Rahmenbedingungen für Mittelstand und Industrie. Statt in beste Bildungschancen, Bildungsqualität und individuelle Förderung für alle Kinder zu investieren, leitet Rot-Grün den Weg zur leistungslosen Schule ein – ohne Ziffernnoten und Leistungsanforderungen. In der Verkehrspolitik erreichen die Bürger nahezu wöchentlich Nachrichten über Straßen-, Brücken- oder Tunnelsperrungen wegen dringender Sanierungsbedarfe. Und wie reagiert Rot-Grün? Mit drastischen Kürzungen beim Landesstraßenbau. Die Bürger können in diesem Jahr entscheiden, welchen Kurs Deutschland in den nächsten Jahren gehen soll – den einer toleranten, freien Gesellschaft, die sich zur sozialen Marktwirtschaft bekennt und den Haushalt saniert, oder den in Richtung neue Schulden, neue Steuern und staatliche Bevormundung.

Um Sie, liebe Leser, über die parlamentarische Arbeit der FDP künftig noch besser zu informieren, hat die FDP-Landtagsfraktion eine Vielzahl neuer Formate gestartet. Seit Januar erscheint „FDP Aktuell“, das kurz und knapp über Initiativen und Ereignisse im Landtag berichtet. Mit „FDP Position“ liefert die Fraktion vertiefende Argumente zu einzelnen Themen. Bei den „FDP-Werkstattgesprächen“ debattiert die Fraktion mit Experten und Bürgern über Weichenstellungen für unser Land. Und mit unserer Initiative „Dialog vor Ort“ wollen wir den Austausch mit Ihnen in allen Teilen Nordrhein-Westfalens weiter vertiefen. Wir freuen uns auf den Meinungsaustausch mit Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr


Video-Chat mit Christof Rasche

Diskutieren Sie mit Christof Rasche über aktuelle Fragen der Landespolitik von Bildung über Verkehrspolitik bis zum Landeshaushalt.

Wie funktioniert die Arbeit der Fraktionen im Parlament und welche Aufgabe hat ein Parlamentarischer Geschäftsführer?

Diese und weitere Fragen beantwortet Christof Rasche am 23. April ab 19.30 Uhr auf www.fdp-nrw.de/live. Der Videochat dauert etwa eine halbe Stunde.



Der Staat darf sich nicht an die Stelle der Tarifparteien setzen!



Professor Wolfgang Schulhoff ist geschäftsführender Gesellschafter der Firma Dipl.-Ing. G. Schulhoff GmbH & Co. KG und der Firma Schulhoff Ingenieur Planungs GmbH. Seit 1994 ist er Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida. Seit 2003 ist er Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf, seit 2005 Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages.

Professor Schulhoff, mit 1 Million Betrieben und 5 Millionen Beschäftigten ist das Handwerk tragende Säule der deutschen Wirtschaft. Wie bewerten Sie aktuell Lage und Chancen Ihrer Branche?

In der Tat: Das Handwerk ist der größte Arbeitgeber und der bedeutendste Ausbilder der gewerblichen Wirtschaft. Und das mit stabiler, teilweise sogar leicht wachsender Tendenz, auch in den Krisenjahren. Das Handwerk ist das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft. Immer deutlicher wird dabei, dass insbesondere sein nach oben offenes Qualifizierungsmodell für die Stärke des Handwerkssektors ausschlaggebend ist. Das duale System der beruflichen Bildung wird von den Euro-Krisenländern gerade erst als zentrales Strukturmerkmal einer prosperierenden Ökonomie begriffen. Und vor allem als der entscheidende Faktor für eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit – und damit für die Chancen ganzer nachwachsender Generationen. Entsprechend hängt auch in Deutschland die Zukunftsfähigkeit von Handwerk und Mittelstand, ja der Sozialen Marktwirtschaft, davon ab, dass die Regierungen und die sie tragenden Parlamente in Düsseldorf, Berlin und Brüssel unser Berufsbildungssystem wertschätzen und fördern.

Das Handwerk beklagt als eines seiner größten Probleme den Mangel an Fachkräften. Wie prekär ist die Lage und wie könnte man sie verbessern?

Bis jetzt konnten wir für das Handwerk hier im Westen der Republik grosso modo von einem ausgeglichenen Ausbildungsmarkt ausgehen. Aber der

Wettbewerb um die besten Köpfe aus – wohlgermerkt – allen Schularten ist schärfer geworden. Wir halten dagegen: durch Partner- und Patenschaften der Betriebe und Handwerkerinitiativen mit Schulen. Und mithilfe einer flächendeckenden Sympathie- und Aufklärungskampagne unter dem Motto: „Das Handwerk. Die Wirtschaftsmacht. Von nebenan“. Wir haben sie aktuell ergänzt um eine gezielte Ansprache für Abiturienten – die gerade in diesem Jahr als doppelter Absolventenjahrgang besonders auf die Alternative der Karriere mit Lehre angewiesen sind – mit der plakativ formulierten Aufforderung: „Mach erst mal was Vernünftiges. Studieren kannst Du immer noch!“ Die Botschaft ist breit platziert: in Zeitungsartikeln, Anzeigen, mit einem 70 qm großen Transparent am Kammergebäude und sogar mit einem eigenen Motto-Wagen im Düsseldorfer Rosenmontagszug. Die Resonanz ist sehr gut.

Die rot-grüne Landesregierung hat mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz ein in der Wirtschaft umstrittenes Vorhaben durchgesetzt. Welche Auswirkungen erwarten Sie auf Handwerk und Mittelstand?

Ich habe große Bauchschmerzen mit der Neuregelung des Tariftreue- und Vergabegesetzes. Ich befürchte, dass sich immer mehr handwerkliche Bieter und eventuell ganze Branchen vor Ort aus der öffentlichen Auftragsvergabe zurückziehen werden. Sie können die Risiken aus den verfügbaren umfassenden Verpflichtungen als Auftragnehmer zur Frauenförderung, zum fairen Handel von Produkten und zur Vereinbarkeit



Bild: Gregor Guski

Professor Wolfgang Schulhoff,
Präsident des Nordrhein-Westfälischen
Handwerkstages. Dieser ist die Dachorganisation
des Handwerks in Nordrhein-Westfalen
und vertritt die Gesamtinteressen der
rund 180 000 Handwerksunternehmen.

„Mindestlöhne, die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelt worden sind und die der Staat anschließend für allgemeinverbindlich erklärt, haben wir immer mitgetragen“

Mehr über den Nordrhein-Westfälischen Handwerkstag:
www.nrwhandwerkstag.de

Mehr über die Imagekampagne des deutschen Handwerks:
www.handwerk.de

von Familie und Beruf kaum überblicken. Das Handwerk steht fest zur Tariftreue. Aber das öffentliche Vergaberecht ist der falsche Ort, um die sozialen Probleme in der Welt zu lösen. Die Betriebe haben im scharfen Wettbewerb auch gar nicht die Zeit und die Kapazitäten, um hochbürokratisch konstruierte Abfragen voller Zusatzanforderungen zu bedienen. Wir erleben im Übrigen auch die Kommunen mit der Handhabung überfordert. Die Devise kann hier nur lauten: Nachbessern!

Gleiches gilt für das NRW-Klimaschutzgesetz?

Auch beim Klimaschutz muss niemand das Handwerk regulieren. Seit 25 Jahren fördert das NRW-Handwerk Innovation im Bereich Umwelt und Energie, hat seine Fachkräfte praktisch flächendeckend zu Energieexperten geschult. Das Handwerk und niemand anderes sichert die Energiewende am Gebäude, dem mit Abstand größten CO²-Verbrauchsfaktor. Eine durchgreifende Steuerförderung blockiert der Bundesrat, dem übrigens auch diese Landesregierung angehört.

Vertreter des Handwerks haben immer wieder allgemeine Mindestlöhne strikt abgelehnt, aber andererseits die Aufnahme einzelner Branchen in das Arbeitnehmerentendegesetz unterstützt. Wie lassen sich im Handwerk faire Löhne sicherstellen?

Mindestlöhne, die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelt worden sind und die der Staat anschließend für allgemeinverbindlich erklärt, haben wir immer mitgetragen. Im Handwerk haben wir auch zur Genüge bewiesen, dass wir solche Regelungen finden können. Was wir ordnungspolitisch nicht wollen, ist, dass sich der Staat an die Stelle der Tarifparteien setzt. Er ist hier schlicht nicht kompetent.

Sind zu niedrige Löhne denn ein Problem im Handwerk?

Lohn Dumping ist ein gravierendes Problem in bestimmten Bereichen auch des Handwerks. Die EU hat darin versagt, die neuen Mitgliedsstaaten, etwa Rumänien und Bulgarien, auf schnellere

Wirtschaftsreformen und eine schnellere Angleichung der Lebensverhältnisse zu drängen. Allein in meinem Handwerkskammerbezirk Düsseldorf haben wir in den letzten beiden Jahren eintausend Rumänen und Bulgaren in die Handwerksrolle eintragen müssen, die von der Niederlassungsfreiheit als Selbstständige Gebrauch machen. Praktisch alle weisen keinerlei fachliche und kaufmännische Vorqualifikation nach. Und praktisch alle sind in zulassungsfreien Ausbau-Gewerben, etwa als Fliesenleger, gemeldet und werden nach Beobachtung unserer Praktiker an den Baustellen auch anderweitig tätig – und das vielfach für Löhne weit unter Tarif, sodass sie reguläre Beschäftigung und Ausbildung in angestammten Unternehmen verdrängen.

Die Diskussion über die gesetzliche Mitgliedschaft in den Kammern keimt immer wieder auf. Ist sie noch zeitgemäß?

Wir erleben – wie gesagt – derzeit großen politischen und gesellschaftlichen Rückhalt für die duale Ausbildung und auch für die gesetzliche Mitgliedschaft der Betriebe in den Handwerkskammern. Beide Elemente gehören integral zusammen. Das gesamte betriebliche Ausbildungswesen lebt vom ehrenamtlichen Engagement der Praktiker in den Gremien und Prüfungsausschüssen der Kammern. Würden diese Aufgaben nicht dezentral in wirtschaftlicher Selbstverwaltung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erledigt, müsste der Staat eigene Verwaltungsstrukturen aufbauen und ungleich teurer bezahlen.

Was wollen Sie der FDP im Wahljahr 2013 ins Stammbuch schreiben?

Freiheitssicherung und die Stärkung von individueller Verantwortung anstelle von staatlicher Bevormundung – das sind für mich politisch unverzichtbare Kernkompetenzen der FDP. Diese Werte bruchlos zu verteidigen ohne Rücksichtnahme auf Wählerkreise etwa in den Bank- und Versicherungstürmen der Republik – das wäre eine Aufgabe.

Vielen Dank für das Gespräch.

Welche Aufgabe hat der Staat bei der Arbeitsmarktpolitik?



Ulrich Alda,

Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW

Mehr über Ulrich Alda:
www.ulrich-alda.de

„Die wirksame und nachhaltige Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist das zentrale Ziel guter Arbeitsmarktpolitik. Die FDP möchte den Menschen den Aufstieg ermöglichen. Aus Sicht der Liberalen sind gute Bildung und Qualifikation dazu der Schlüssel. Der Übergang von Schule in Beruf, der Wiedereinstieg nach Familien- oder Pflegezeiten oder die Wiederaufnahme eines Jobs nach Arbeitslosigkeit sind Herausforderungen für jeden Einzelnen. Die Politik muss dabei für gute Rahmenbedingungen und niedrige Hürden sorgen. Getreu dem Motto: Der Staat soll die Menschen im Alltag in Ruhe, bei großen Lebensrisiken aber nicht alleinlassen.“

„Ministerpräsidentin Kraft ist in ihrer Forderung nach bundeseinheitlichen Mindestlöhnen sehr unehrlich. Bereits jetzt gibt es in vielen Branchen Lohnuntergrenzen. So wurde unter Federführung von Günter Rexrodt Mitte der 90er-Jahre von Schwarz-Gelb eine erste Lohnuntergrenze nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz eingeführt. Der FDP-Wirtschaftsminister hatte tariflich vereinbarte Lohnuntergrenzen im Baugewerbe auch für die Regionen als verbindlich erklärt, die nicht vom Tarifvertrag erfasst waren. Und die schwarz-gelbe Bundesregierung hat seit 2009 insgesamt 21 branchenspezifische Lohnuntergrenzen geschaffen. Mehr als die Vorgängerregierungen mit SPD-Beteiligung. Zudem sieht das geltende Mindestarbeitsbedingungengesetz schon heute für Branchen ohne hinreichende Tarifbindung einen Ausschuss vor, der Mindestarbeitsentgelte festsetzen kann. Hannelore Kraft beklagt soziale Verwerfungen, die rot-grüne Landesregierung hat dem Ausschuss aber nicht einen einzigen Antrag vorgelegt.“

Ministerpräsidentin Kraft fordert gesetzlich verordnete flächendeckende Mindestlöhne. Hat die rot-grüne Regierung alle bestehenden Möglichkeiten für faire Bezahlung ausgeschöpft?

Wie steht es um die Arbeitsmarktchancen junger Menschen?

„Wir sind in Deutschland auf einem guten Weg. Zum Beispiel bei der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit. Während in der EU die Jugendarbeitslosigkeit erschreckend hoch ist – in Griechenland sind fast 60 Prozent der jungen Menschen bis 25 Jahre arbeitslos, in Spanien 56 Prozent, in Frankreich 27 Prozent, und in Belgien sind es fast 20 Prozent –, verzeichnet Deutschland nur 7,9 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Auch das duale System der Berufsausbildung hat sich bewährt, andere Länder beneiden uns darum. Allerdings müssen wir dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen sich nicht verschlechtern. Die rot-grüne Wirtschaftspolitik in NRW erschwert die Bedingungen für den Mittelstand erheblich. Das ist riskant, denn die rund 760 000 kleinen und mittleren Unternehmen in NRW stellen über 80 Prozent aller Ausbildungsplätze. Als bevölkerungsreichstes Bundesland hat NRW die meisten jungen Menschen und in absoluten Zahlen auch die meisten jungen Arbeitslosen. Umso wichtiger ist eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik.“

Brauchen wir eine leichtere Findung von Lohnuntergrenzen? Liberale wollen faire Löhne – und zwar für alle. Doch wie lassen sich faire Löhne sicherstellen? Der deutsche Arbeitsmarkt gilt als besonders robust und erfolgreich. Die soziale Marktwirtschaft mit den Elementen Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft ist das Fundament dieses Erfolgs. Wie gehen aber Liberale mit der Situation um, wenn es keine tarifvertraglichen Regelungen gibt? Ist die leichtere Findung von Lohnuntergrenzen, die für allgemeingültig erklärt werden, eine Lösung?

FAIRE LÖHNE STATT EINHEITLICHEN MINDESTLOHNS



Johannes Vogel,
arbeitsmarktpolitischer Sprecher
der FDP-Bundestagsfraktion

Ein einheitlicher, flächendeckender Mindestlohn nimmt Einstiegschancen. Liberale wollen stattdessen Löhne, die gegenüber Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Arbeitsuchenden fair sind. Dafür sorgt die Tarifautonomie. Wo es aber gar keine Tarifverträge gibt, wo Arbeitsbedingungen diktiert werden können, besteht ein Problem. Seit jeher gibt es daher die Möglichkeit, Tarifverträge in einzelnen Branchen allgemeinverbindlich zu erklären. Erst auf Initiative der FDP wurden die

so festgelegten Lohnuntergrenzen wissenschaftlich evaluiert. Ergebnis: Arbeitsplätze gehen nicht verloren, der Einstieg in Arbeit bleibt möglich. Wir sollten diesen Weg weitergehen und Lohnuntergrenzen dort, wo es nötig ist, möglich machen – Branche für Branche, dezentral, differenziert und im Einklang mit der Tarifautonomie. Deshalb ist es richtig, die bestehenden Gesetze für Lohnuntergrenzen zu überarbeiten und besser aufeinander abzustimmen. Das ist auch eine Frage der Leistungsgerechtigkeit.

Jugendarbeitslosigkeit ohne Mindestlohn: Deutschland: 7,9%; mit Mindestlohn: Frankreich: 26,9%, Slowakei: 35,9%, Spanien 55,5%. Das bringt ein Mindestlohn. Als Liberaler wünsche ich mir starke Tarifparteien zur Lohnfindung. Keine staatliche Kommission kann das besser. Ein Brutto-Mindestlohn, wie ihn CDU, SPD, Grüne und Linke – und jetzt auch die FDP-Bundesspitze – gemeinsam fordern, hilft den Bedürftigen nicht. Was nützt es, wenn jemand theoretisch mehr in der Tasche, dafür aber keinen Job mehr hat?

Das Gerechtigkeitsproblem trifft diejenigen, die legal arbeiten, aber davon nicht leben können. Daher brauchen wir eine Netto-Unterstützung durch das Bürgergeld und keine Möchtegern-Brutto-Unterstützung, die Aufstiegschancen verbaut und wegbesteuert wird. Das Bürgergeld brächte weniger Bürokratie als tausend Unterstützungsanträge heute. Es würde den Betroffenen besser helfen. Das ist allemal besser als ein bevormundender Staat, der zu wissen meint, welche Löhne richtig und welche falsch sind.



Lasse Becker,
Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen (JuLis)

BÜRGERGELD STATT MINDESTLOHN

Stimmen Sie ab: Sollte die Findung von dezentralen Lohnuntergrenzen erleichtert werden? www.fdp-nrw.de/abstimmung

In der letzten Ausgabe hatten wir Sie gefragt: Braucht Nordrhein-Westfalen ein Tariftreue- und Vergabegesetz? Auf der Internetseite der FDP-Landtagsfraktion stimmten 15% mit Ja, 85% sprachen sich gegen das rot-grüne Gesetz aus. Danke für Ihre Teilnahme!

Unter dem Motto „Verantwortung für die Mitte – Das ist meine FDP“ kommen Mitte April die Delegierten der FDP aus Nordrhein-Westfalen zu ihrem diesjährigen ordentlichen Landesparteitag in Hamm zusammen.

Landesparteitag, 13.04.2013, Hamm

Verantwortung für die Mitte

Das

ist meine FDP

Auf der Tagesordnung des Treffens in Hamm stehen unter anderem Reden des FDP-Landesvorsitzenden Christian Lindner und des Spitzenkandidaten der FDP-NRW zur Bundestagswahl, Dr. Guido Westerwelle. Landesschatzmeister Alexander Graf Lambsdorff wird den rund 400 Delegierten und Gästen die finanzielle Lage der Landespartei erläutern. Der Parteitag wird außerdem die Delegierten der FDP-NRW zu den Bundesparteitagen in den kommenden zwei Jahren wählen.

Inhaltlich soll in Hamm ein Leitantrag beraten werden, der das Strategiepapier „Für die verantwortungsbereite Mitte“ von Christian Lindner und Marco Buschmann aus dem letzten Herbst aufgreift und in konkreten Punkten fortführt. Hierin soll der größte Landesverband der FDP zu den Punkten Position beziehen, die im aktuellen Entwurf für ein Bundestagswahlprogramm noch mit zwei Varianten beschrieben sind (siehe auch nächste Seite). Ein Schwerpunkt der Diskussionen in dem

Leitantrag wird die Positionierung der FDP zum Umgang mit Lohnuntergrenzen sein. Damit bindet der Landesverband möglichst viele Untergliederungen und Delegierte in eine sorgfältig vorbereitete und fachlich begleitete Debatte ein, deren Ergebnis der Landesverband auch möglichst geschlossen auf dem kommenden Bundesparteitag vortragen möchte. Der Landesverband hat sich mit einem Themenschwerpunkt im „liberal.nrw“ und einer eigenen, hochkarätig besetzten Diskussionsveranstaltung in diese Debatte eingebracht. In der Düsseldorfer Handwerkskammer nahmen an der Veranstaltung neben Christian Lindner und Marco Buschmann unter anderem auch Dr. Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Ulrich Walwei, Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), sowie die beiden FDP-Arbeitsmarkt-Fachpolitiker aus Bundes- und Landtag, Johannes Vogel und Ulrich Alda, teil.

Landesparteitag in Hamm

Samstag, 13.04.2013
Beginn: 10.00 Uhr

Alfred-Fischer-Halle,
Sachsenweg 10, 59073 Hamm

Live im Stream auf:
www.fdp-nrw.de

FDP stellt Weichen für den W

Auf zwei Bundesparteitagen bereitet sich die FDP auf den beginnenden Bundestagswahlkampf vor. Anfang März wurden in Berlin personell die Weichen gestellt. Im Mai wird das Programm der Liberalen für die Richtungsentscheidung im September beraten und verabschiedet.

Das Team der FDP zur Bundestagswahl 2013



NRW-Delegierte auf dem Bundesparteitag

An der Spitze des FDP-Teams für den Bundestagswahlkampf stehen Wirtschaftsminister Philipp Rösler und der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Rainer Brüderle. Dem auf dem Parteitag neu gewählten Präsidium gehören nun auch zwei Nordrhein-Westfalen an: Der FDP-NRW-Vorsitzende Christian Lindner ist erster stellvertretender Parteivorsitzender, der Bundestagsabgeordnete Otto Fricke wurde als Bundesschatzmeister wiedergewählt.

Auch dem Bundesvorstand gehören erneut mehrere Mitglieder des Landesverbands NRW an. Als Beisitzer wurden Angela Freimuth, Gisela Piltz, Marco Buschmann, Joachim Stamp und Johannes Vogel gewählt. Der Generalsekretär der FDP-NRW, Marco Buschmann, bewertet den Berliner Parteitag als Erfolg: „Wir haben unsere Mannschaftsaufstellung gefunden. Jetzt ist die Basis für einen erfolgreichen Wahlkampf gelegt.“ Die Chancen, dass die FDP mit einem starken Abschneiden dafür Sorge, dass Deutschland weiter aus der Mitte regiert werde,

seien so gut wie lange nicht, so Buschmann. „Jetzt wollen wir uns auf den gemeinsamen Erfolg der FDP konzentrieren, um Deutschland nicht Sigmar Gabriel und Jürgen Trittin zu überlassen, die nur auf mehr Staat, mehr Steuern und mehr Schulden setzen.“



Wahlkampf

Die inhaltlichen Weichenstellungen werden auf einem Sonderparteitag Anfang Mai in Nürnberg vorgenommen. Dort wird der Entwurf des Bürgerprogramms beraten. Bis dahin können Mitglieder der FDP im liberalen Netzwerk „Meine Freiheit“ weiter den Entwurf diskutieren und Änderungsanträge beraten. Zu fünf Themen wird es auf dem Parteitag sicher Debatten geben, da der Programmentwurf jeweils zwei Varianten zur Abstimmung stellt: die Weiterentwicklung des Ehegattensplittings, die Übertragung der Erbschaftsteuer an die Länder, die Möglichkeit zur Schaffung weiterer Lohnuntergrenzen, der Abbau von Direktzahlungen an Landwirte und die mögliche Rentenversicherungspflicht für Selbstständige. Generalsekretär Marco Buschmann wirbt für eine intensive Diskussion dieser Themen: „Ich hoffe, dass viele Parteimitglieder die Möglichkeiten nutzen, sich im Internet an unserer Programmarbeit zu beteiligen. Wir werden außerdem als größter Landesverband wichtige Fragen des Wahlprogramms auf unserem Landesparteitag vorberaten, um möglichst viele Meinungen und Mitglieder in die Entstehung des Programms einzubinden.“

Marco Buschmann gratuliert Christian Lindner zu dessen Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden.



www.philippwehrend.de



3 FRAGEN AN GUIDO WESTERWELLE

Bundesaußenminister und Spitzenkandidat der FDP-NRW zur Bundestagswahl

1 Herr Westerwelle, Sie führen die FDP-NRW als Spitzenkandidat in die Bundestagswahl, die Sie als Richtungsentscheidung bezeichnet haben. Um welche Richtungen geht es?

Es geht um die zentrale Frage, ob Deutschland weiterhin auf Leistungsgerechtigkeit setzt: Die Koalition steht für maßgeschneiderte Bildungsangebote und die höchsten Bildungsinvestitionen der Geschichte, die Opposition will die Einheitsschule. Schwarz-Gelb will die kalte Progression abbauen, Rot-Grün will die Steuern erhöhen. Wir stehen für niedrigere Staatsausgaben, die rot-grüne Schuldenpolitik in Nordrhein-Westfalen wurde jetzt zum dritten Mal durch das Landesverfassungsgericht gerügt.


2 Befürchten Sie auch einen europa- oder außenpolitischen Richtungsschwenk, falls die FDP nicht weiter regiert?

Das befürchte ich nicht nur, das steht außer Frage. Deshalb sind die Alternativen für Europa glasklar: Die Menschen können sich entscheiden zwischen einem Gleichklang aus Solidarität, Wachstum und Konsolidierung oder „Schotten auf für neue Schulden“. Die FDP ist gegen Eurobonds, denn eine Schuldenkrise bekämpft man nicht dadurch, dass man das Schuldenmachen erleichtert. Wir sind solidarisch, aber erwarten auch Gegenleistungen: mit Konsolidierungspolitik und Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit.

3 Als Außenminister vertreten Sie unser Land in der ganzen Welt. Werden wir Sie trotzdem so oft in NRW im Wahlkampf sehen wie zuletzt?

Darauf können Sie sich verlassen. In der heißen Wahlkampfphase werde ich mich mit voller Kraft in den Wahlkampf einbringen. Und ich verspreche Ihnen: Dabei werde ich weder mich noch irgendjemand anderen schonen!

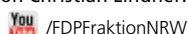
Mehr über Guido Westerwelle:

 /westerwelle
www.guido-westerwelle.de

Sparen, um neue Ch



Die Rede von Christian Lindner:



Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen setzt ihre Schuldenpolitik unbeirrt fort. Trotz starker Konjunktur, trotz eines stabilen Arbeitsmarktes, trotz Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro haben SPD und Grüne im Landtag erneut einen Schuldenhaushalt beschlossen – mit 3,4 Milliarden Euro neuen Krediten. Während alle anderen Bundesländer ihre Haushalte in Ordnung bringen, hat Nordrhein-Westfalen, das Land mit der höchsten Neuverschuldung bundesweit, als einziges keine Konsolidierungsstrategie. Die FDP fordert den sofortigen Stopp der Schuldenpolitik von SPD und Grünen und hat eine eigene Konsolidierungsstrategie vorgelegt: Sparen, um neue Chancen zu schaffen. Den rot-grünen Haushalt 2013 hat die FDP geschlossen abgelehnt.



Pressekonferenz zur Haushaltspolitik mit Christian Lindner und Ralf Witzel

In der Generaldebatte über den Haushalt 2013 kritisierte FDP-Fraktionschef Christian Lindner die mangelnde Ausgabendisziplin von SPD und Grünen. Der Kontrast zwischen Rot-Grün in NRW und Schwarz-Gelb im Bund sei in den letzten Wochen symbolhaft deutlich geworden. „Während in NRW zum dritten Mal in Folge ein Landeshaushalt für verfassungswidrig erklärt wurde, hat die schwarz-gelbe Bundesregierung in Berlin die Weichen gestellt – für den strukturellen Haushaltsausgleich 2014, für den Stopp der Neuverschuldung in 2015 und für einen erwarteten Haushaltsüberschuss von 9,4 Milliarden Euro im Jahr 2017.“ Erstmals seit 40 Jahren gelinge es einer Koalition im Bund, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Während alle Bundesländer inzwischen einen Fahrplan zum Einhalten der Schuldenbremse hätten und insbesondere auch der Bund große Fortschritte vorweisen könne, leiste sich Nordrhein-Westfalen einen Alleingang zulasten der Generationengerechtigkeit. Nordrhein-

Westfalen habe 22 Prozent der Einwohner Deutschlands, mache aber 61 Prozent der Neuverschuldung der Bundesländer. „Mit dieser Art des Wirtschaftens ist Hannelore Kraft inzwischen die finanzpolitische Geisterfahrerin der Republik geworden“, bemängelte Lindner. Die ausgezeichnete wirtschaftliche Lage müsse genutzt werden, um den Staat endlich aus der Abhängigkeit der Finanzmärkte und von den jährlichen Zinslasten zu befreien. „Wir müssen die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen zurückerlangen.“ FDP und CDU haben während ihrer Regierungsverantwortung zwischen 2005 und 2010 in NRW erhebliche Fortschritte bei der Sanierung der Landesfinanzen gemacht. „SPD und Grüne haben nach dem Regierungswechsel 2010 eine Kehrtwende eingeleitet: vom Konsolidierungskurs zum Schuldenpfad mit höheren Ausgaben, höheren Schulden, höheren Steuern“, bilanzierte Lindner in der Debatte.

Chancen zu schaffen

Die Schuldenpolitik von Rot-Grün müsse schleunigst beendet werden. Dazu fordern die Liberalen einen grundlegenden Politikwechsel für Nordrhein-Westfalen: Sparen, um neue Chancen zu schaffen. In einem detaillierten Konsolidierungskonzept zeigt die FDP-Landtagsfraktion auf, wie durch die Entfesselung der Wirtschaft von Bürokratie und Effizienzgewinne in der öffentlichen Verwaltung, durch Einsparungen im Personalhaushalt und den Wegfall rot-grüner Wahlgeschenke die Schuldenbremse in NRW bis 2020 eingehalten werden kann. Mit großer Entschlossenheit kann dies aus Sicht der FDP derzeit sogar noch bis 2017 gelingen.

Die gewonnenen Haushaltsspielräume möchten die Liberalen nicht allein zum Sparen, sondern auch für Zukunftsinvestitionen nutzen. Lindner: „Alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen sollen eine Zukunftspauschale für Kinder, Köpfe, Konjunktur und Kultur erhalten. Der sozialen Rhetorik auf Pump von Rot-Grün setzen wir ein Sparen für konkrete Lebenschancen vor Ort entgegen.“

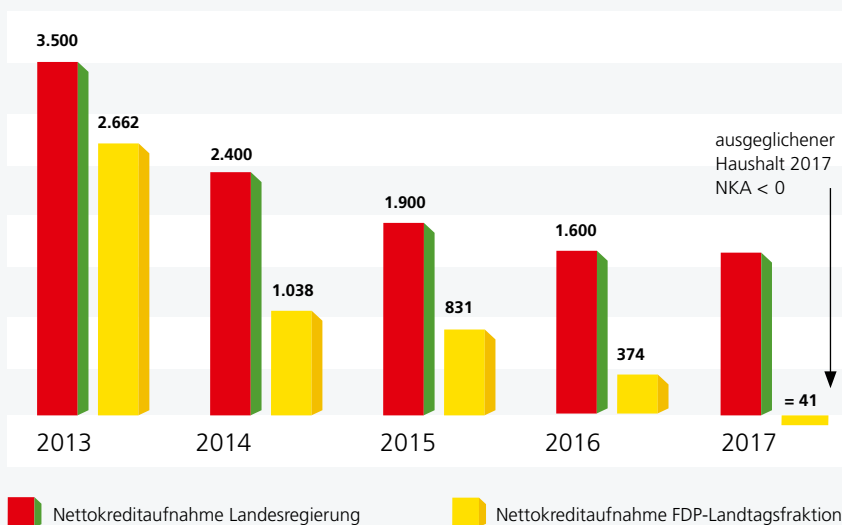
Im Jahr 2013 sollen 100 Millionen und ab 2014 insgesamt 195 Millionen Euro für kommunale Projekte in den Bereichen Schule, Kultur und Infrastruktur zur Verfügung stehen. Die FDP will zudem durchsetzen, jedem der 627 Gymnasien eine zusätzliche Lehrerstelle zur Verfügung zu stellen. „Wenn wir den Landeshaushalt sanieren, können wir diese wichtigen Prioritäten setzen“, sagt Ralf Witzel, haushaltspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion.

Christian Lindner betont: „Voraussetzung für einen gesunden Haushalt sind ein schlanker Staat und eine starke Wirtschaft.“ An dieser erfolgreichen Strategie der früheren schwarz-gelben Landesregierung und der aktuellen Bundesregierung müsse sich auch Nordrhein-Westfalen wieder orientieren. Die FDP möchte dazu außerhalb politischer Schwerpunktbereiche den Stellenplan in den Verwaltungen und Landesbetrieben jährlich um 2 Prozent reduzieren. „Dies ist durch die vorhandene Fluktuation sozialverträglich möglich“,

erläutert Ralf Witzel. Zudem dürfe NRW bei der bundesweiten Wirtschaftsdynamik nicht weiter hinterherhinken. Durch einen Entfesselungsimpuls und eine umfassende Entbürokratisierung lasse sich der Bundesrend beim Wirtschaftswachstum auch in NRW wieder erreichen. So könnten die Einnahmen des Landes deutlich verbessert werden. Witzel: „Dies setzt Mut zur konsequenten Standardbefreiung voraus. Wir dürfen private Wirtschaft und öffentliche Verwaltung nicht durch Tariftreue- und Vergabevorschriften sowie bundesweit einmalige Klimaschutzauflagen strangulieren.“ Normen bis zur EU-Ebene sollen daher auch in NRW ab sofort nur noch 1:1 umgesetzt werden. Das entlaste auch die Kommunen.

„Nordrhein-Westfalen braucht einen Politikwechsel mit einem Dreiklang: die Wirtschaft entfesseln, den Staat verschlanken, in Chancen vor Ort investieren“, sagt Christian Lindner. Bislang rückt die rot-grüne Landesregierung jedoch nicht von ihrer Schuldenpolitik ab – zum Schaden des Landes und der nachfolgenden Generationen.

Konsolidierungsstrategie der FDP-Landtagsfraktion NRW 2013-2017



Bei den Angaben handelt es sich um die Nettokreditaufnahme ohne Risikovorsorge für Abschirmung von Haftungsrisiken bzgl. EAA, alle Angaben in Millionen Euro.



Mehr Informationen zum Landeshaushalt 2013 und zur Konsolidierungsstrategie der FDP-Landtagsfraktion unter: fdp-fraktion-nrw.de

DIALOG VOR ORT

Eine Initiative der
FDP-Landtagsfraktion NRW



Schule und Kultur, Sicherheit und Infrastruktur – vor Ort zeigt sich, wie landespolitische Themen in der Lebenswirklichkeit der Menschen ankommen. Die FDP-Landtagsfraktion NRW führt den Dialog vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Städten und Gemeinden. Täglich stellen sich die Abgeordneten der Diskussion mit den Praktikern, mit Unternehmern, mit Vertretern von Initiativen und sozialen Einrichtungen. „Dieser Austausch liefert hilfreiche Anregungen und neue Ideen für die politische Arbeit im Parlament“, betont der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, Christof Rasche. Dialog vor Ort ist eine Initiative der FDP-Landtagsfraktion. Rasche: „Sie trägt dazu bei, die Arbeit der Abgeordneten und der FDP-Landtagsfraktion in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und den Austausch mit den Bürgern zu intensivieren.“ Dazu gehören Betriebsbesichtigungen, Unternehmensbesuche, Gesprächskreise, aber auch größere Veranstaltungen zu konkreten Themenfeldern. So veranstaltet die FDP-Landtagsfraktion in den kommenden Wochen unter anderem mehrere Kulturfrühstücke, Bürgergespräche oder Wirtschaftsdialoge.

Terminvorschau

- **Kulturfrühstück am 27. April 2013 ab 11 Uhr in Düren mit Ingola Schmitz**, kulturpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion und FDP-Fraktionschef Christian Lindner, Leopold-Hoesch-Museum, Hoeschplatz 1 in 52349 Düren
- **Familiendialog in Wuppertal am 11. Juni 2013 mit Marcel Hafke**, familienpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, InterCityHotel Wuppertal, Doeppersberg 50, 42103 Wuppertal
- **Kulturfrühstück am 30. Juni 2013 ab 10.30 Uhr mit FDP-Fraktionschef Christian Lindner in Wermelskirchen**
- **Wirtschaftsdialog in Coesfeld am 4. Juli 2013 mit Henning Höne**, umwelt- und verbraucherrechtlicher Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Kreishandwerkerschaft Coesfeld, Borkener Str. 1 in 48653 Coesfeld

Weitere Details folgen.

Mehr Infos zum Dialog vor Ort: fdp-fraktion-nrw.de  /FDPFraktionNRW und 

„Freiheit für Forschung und Wissenschaft“


Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit wird vom Grundgesetz garantiert und ist wie Presse- und Meinungsfreiheit Eckpfeiler der freiheitlichen Gesellschaft. Kürzlich zettelten die Grünen aber die Debatte über Forschungsverbote durch Zivilklauseln im NRW-Hochschulgesetz wieder an. Dazu bezieht Angela Freimuth, wissenschaftspolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Position:

„Liberale bekennen die Freiheit in Verantwortung auch für Forschung und Wissenschaft. Zivilklauseln, die auf das Verbot von Forschungsvorhaben zielen, deren Ergebnisse auch militärisch nutzbar sein könnten, lehnen wir ab. Grundlagenforschung differenziert in Methodik und Forschungsgegenstand nicht nach dem Zweck. Und in der Praxis ist die Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Forschung kaum möglich, insbesondere bei ‚Dual-Use-Gütern‘, also sowohl zivil als auch militärisch einsetzbarem Wissen, Produkten und Technologien. Die Friedens- und Konfliktforschung zu verbieten, weil ihre Ergebnisse auch militärisch nutzbar sind, wäre grotesk. Gäbe es das Internet, wenn man der Forschung in diesen Fällen Verbote vorhält? Liberale wollen

keine Stellvertreterdebatte auf dem Rücken der Wissenschaft zur Legitimität von militärischen Einsätzen im Rahmen des Grundgesetzes und Völkerrechts. Forschungsfreiheit bedeutet nicht Verantwortungslosigkeit. Wir wollen den gesellschaftlichen Diskurs über und mit Forschung und Wissenschaft. Ziel darf gerade nicht sein, wissenschaftliche Arbeiten, die sich auch mit militärisch relevanten Themen befassen, zu verhindern.



Ich will in einem Land leben, in dem jeder seine Meinung sagen darf, auch wenn sie mir nicht gefällt. Ich will Freiheit für Forschung und Wissenschaft, auch wenn wir schließlich aus Verantwortung entscheiden, die Ergebnisse der Forschung nicht in allen Möglichkeiten zu nutzen.“

Mehr über Angela Freimuth:  [pages/Angela-Freimuth/415569005126081](https://www.facebook.com/pages/Angela-Freimuth/415569005126081)

Verfassungsschutz besser kontrollieren

Die Reform des Verfassungsschutzes und eine verlässliche Kulturförderung in NRW waren Kernthemen des Besuchs von Bundesminister a. D. Gerhart R. Baum bei der FDP-Landtagsfraktion. „Gerhart Baum hat sich um die Bürgerrechte verdient gemacht – nicht nur, wenn es populär war, sondern aus tiefster Überzeugung“, betonte FDP-Fraktionschef Christian Lindner.

Er kritisierte, die Landesregierung habe die notwendige Reform des Verfassungsschutzgesetzes zu lange verzögert. Die FDP hält eine stärkere parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes für notwendig und hat dazu eine Initiative in den Landtag eingebracht. Darin fordert sie die Stärkung des Parlaments, die Einführung eines Bürgeranwalts und den Parlamentsvorbehalt für neue Maßnahmen. Eine politisch motivierte Einschränkung der Arbeit des Verfassungsschutzes, wie die Grünen in NRW fordern, lehnt die FDP dagegen strikt ab. Der Verfassungsschutz müsse weiter sämtliche „gefährlichen extremistischen Gruppen“ im Blick haben. Baum betonte, dass die Normen zu Wohnraum- und Telekommunikationsüber-

wachung überarbeitet werden müssten. „Im Spannungsverhältnis zwischen dem Grundrecht auf Freiheit und dem Wunsch nach Sicherheit muss ein wirkungsvoller gesetzlich normierter Kernbereichsschutz und Schutz der Privatheit festgeschrieben werden. Dabei müssen alle wesentlichen Richtlinien, Regularien und Eingriffsbefugnisse des Verfassungsschutzes abschließend gesetzlich geregelt werden.“

Zudem hat die Fraktion einen Beschluss zur Kulturpolitik gefasst. Darin setzt sich die FDP dafür ein, die kulturelle Vielfalt in NRW zu erhalten und zu fördern. Lindner: „Weniger Bürokratie und effektive Vernetzung sollen zu einer lebendigen Kulturlandschaft beitragen.“



Gerhart Baum und Christian Lindner

Weitere Informationen zum Beschluss zur Kulturpolitik sowie zum Antrag zur Reform des Verfassungsschutzes unter: fdp-fraktion-nrw.de

Weg zur leistungslosen Schule stoppen



Es ist ein schleichender Prozess, aber die Folgen sind nachhaltig: Die rot-grüne Landesregierung wendet sich von einem wichtigen Baustein in der Bildungspolitik ab – dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Mit zahlreichen Maßnahmen und dem pauschalen Herabsetzen der Klassenwiederholung als „Verschwendung von Lebens-

zeit“ (Schulministerin Löhrmann) schwächt Rot-Grün schrittweise die Leistungsgerechtigkeit und -anforderungen in der Schule. Die Schulministerin ebnet den Weg zur „leistungslosen Schule“. Yvonne Gebauer, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, sieht diese Entwicklung mit Sorge. „Vermittlung von Motivation, das Einfordern

von Leistung und Transparenz individueller Leistungsergebnisse sind wichtiger Bestandteil des Schullebens und Erwachsenwerdens.“ Diesen Zielen werde die Schulpolitik in NRW nicht mehr gerecht. Noten für das Arbeits- und Sozialverhalten wurden bereits abgeschafft; an Grundschulen können Ziffernnoten bis einschließlich Klasse 3 ebenso wie an Gesamtschulen die Fachleistungsdifferenzierung abgeschafft werden. Stattdessen ist der Zwang zum integrierten Lernen in den Klassen 5 und 6 an Sekundarschulen festgeschrieben worden. „Diese Maßnahmen führen schrittweise zur Entwertung schulischer Abschlüsse“, betont Gebauer. Bildungschancen für Schüler werden aus Sicht der FDP nur verbessert, wenn individuelle Bedürfnisse sowie Begabungen der Kinder berücksichtigt und gefördert werden. Deshalb fordert die FDP die Landesregierung auf, den Weg zur leistungslosen Schule umgehend zu stoppen.

Weitere Informationen zur Schulpolitik der FDP-Landtagsfraktion:



DIE LIBERALEN FRAUEN IN NRW

In der Serie „Umfeld“ stellen wir in den kommenden Ausgaben des „liberal.nrw“ die wichtigsten Vorfeldorganisationen der FDP in Nordrhein-Westfalen vor. Wer ist die Zielgruppe, was ist deren Anliegen, wie kann man sich einbringen? Zum Auftakt im Porträt: die Liberalen Frauen.



Der Landesvorstand der Liberalen Frauen NRW

Schon seit 1990 gibt es die Liberalen Frauen, 1994 wurden sie als „Vorfeldorganisation“ der FDP anerkannt. Die Einbeziehung von Frauen in liberal-demokratische Prozesse sowie die Stärkung des Bewusstseins des Stellenwertes von Frauen in der Politik beinhaltet das Programm der Liberalen Frauen. Der Landesverband der Liberalen Frauen, in dem sich auch Frauen ohne Mitgliedschaft in der FDP organisieren können, setzt sich seit jeher für die Gleichwertigkeit von Frau und Mann ein und lehnt grundsätzlich eine einseitige Bevorzugung einer Bevölkerungsgruppe ab. Thematisch beschäftigen sich die Liberalen Frauen außerdem unter anderem mit der gleichen Entlohnung für gleiche Arbeit

und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zur Einbringung und Durchsetzung ihrer Interessen arbeiten die Liberalen Frauen aktiv in der FDP mit und vernetzen sich stark mit anderen Vorfeldorganisationen und dem zuständigen Landesfachausschuss Gender, dem Hannelore Hanning vorsteht, die ebenfalls bei den Liberalen Frauen engagiert ist.

Der Landesverband der Liberalen Frauen NRW gliedert sich in neun Bezirksverbände und zwei Kreisverbände. Im Januar haben die Liberalen Frauen NRW einen neuen Vorstand gewählt und die Bundestagsabgeordnete Petra Müller in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt.

Mehr über die Liberalen Frauen NRW: www.liberal-frauen-nrw.de

FDP-Landtagsfraktion | Veranstaltung

WERKSTATTGESPRÄCHE DER FDP-LANDTAGSFRAKTION

Aktuelle politische Fragen mit Fachleuten und Betroffenen debattieren, dieses Ziel verfolgt die FDP-Landtagsfraktion.

Zum Auftakt nahm die FDP-Landtagsfraktion mit Experten und Praktikern die Zukunft der Berufskollegs in den Blick. „Die FDP interessiert, wie die Berufskollegs den steigenden komplexen Anforderungen weiter gerecht werden können“, erklärt Ingola Schmitz, Sprecherin für berufliche Aus- und Weiterbildung der FDP-Fraktion. Über diese Fragen des dualen Systems tauschten sich auf Einladung der FDP-Fraktion mehr als 80 Teilnehmer mit Professor Friedrich Hubert Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, Wilhelm Schröder, Vorsitzender des Verbands der Lehrer an Berufskollegs, und Knut Heine, Handwerkskammer Münster, aus.

Wie kommt NRW zu einem ausgeglichenen Haushalt? Diese Frage stand im

Mittelpunkt des zweiten FDP-Werkstattgesprächs. Unter dem Titel „Zukunft durch solide Landesfinanzen sichern“ diskutierten Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft – Professor Karl-Heinz Paqué, ehemaliger Finanzminister Sachsen-Anhalts, Lutz Goebel vom Verband Die Familienunternehmer und Dr. Rainer Kambeck vom RWI – sowie mehr als 80 Gäste aus Kommunen und Unternehmen mit der FDP-Fraktion über notwendige Weichenstellungen. Ralf Witzel, stellvertretender Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, kritisierte: „Rot-Grün treibt trotz historisch hoher Steuereinnahmen die Verschuldung unvermindert voran.“ Wenn NRW diese Finanzpolitik fortsetze, könne die Schuldenbremse 2020 nicht eingehalten werden.



Foto von links nach rechts: Dr. Rainer Kambeck, Ralf Witzel, Christian Lindner, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Lutz Goebel

Mehr zu den Werkstattgesprächen:





Kai Abruszat,
kommunalpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

Bürgermeister- und Ratswahlen werden ab 2020 wieder zusammengelegt. Das haben SPD und Grüne beschlossen. Per Übergangsregel können Bürgermeister ihr Amt vorzeitig niederlegen, damit bereits 2014 eine Zusammenlegung stattfinden kann. „Rot-Grün ignoriert mit der ‚freiwilligen‘ Rücktrittsmöglichkeit verfassungsrechtliche Bedenken zahlreicher Experten“, sagt Kai Abruszat. Bürgermeister würden parteipolitisch unter Druck gesetzt. „Zudem setzt sich Rot-Grün über die souveräne Entscheidung der Wähler hinweg und beeinträchtigt das Demokratieprinzip unserer Verfassung.“



Robert Orth,
innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

Die FDP-Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur **Entpolitisierung der Polizei** in den Landtag eingebracht, mit dem die Besetzung der Polizeipräsidenten in NRW neu geregelt werden soll. „Polizeipräsidenten sollen keine politischen und dadurch abhängigen Beamten mehr sein. Wir wollen die Polizeipräsidenten in ihrer Arbeit gegen politische Einflussnahme stärken“, erklärt Robert Orth. Durch die neue Regelung wären sie künftig nicht mehr an die politischen Ziele der Landesregierung gebunden. Der Gesetzentwurf wird im April beraten.



Ingola Schmitz,
kulturpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion

Die FDP möchte, dass jedes Kind bestmöglichen Zugang zu **kultureller Bildung** erhält. Durch die bisherigen Angebote kann immer nur eine geringe Anzahl junger Menschen erreicht werden. Ausbau und Vernetzung bewährter Programme wie „Jedem Kind ein Instrument“ seien deshalb sinnvoll und notwendig. „Rot-Grün aber schafft einen Flickenteppich an Bildungsangeboten, weil willkürlich neue Projekte eingesetzt und erfolgreiche Programme vernachlässigt werden“, bemängelt Ingola Schmitz. Die FDP fordert von der Landesregierung eine transparente Programm- und Förderstruktur für kulturelle Bildung.

FDP-Landesverband | Parlamentsticker



Johannes Vogel,
arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion

„Die Agenda 2010 ist Teil des Fundaments des erfolgreichen deutschen Arbeitsmarkts, das zu vielen neuen Jobs geführt hat. Schwarz-Gelb setzt diesen Weg in der **Arbeitsmarktpolitik** mit wachstumsorientierter **Wirtschaftspolitik** und soliden Staatsfinanzen fort. Die SPD indes hat die Agenda 2010 nicht nur vergessen, sondern plant nun die vollständige Rücknahme der Reformen. Insbesondere Peer Steinbrück macht sich mit dieser Abwicklung der Agenda vollends unglaublich.“



Claudia Bögel,
mittelstandspolitische Sprecherin und Beauftragte für IT-Kommunikation und Postwesen der Bundestagsfraktion

„Mit der Förderinitiative ‚Mittelstand digital‘ hilft die schwarz-gelbe Bundesregierung **Mittelstand und Handwerk** dabei, Kompetenz und Vertrauen zu entwickeln, um innovative Informations- und Kommunikationstechnologien im Geschäftsalltag auch anzuwenden. Wir begleiten Unternehmen bei der Suche nach effizienten und praktikablen IKT-Lösungen und geben Hilfestellung, um Qualität und Usability von Software zu verbessern sowie E-Standard-Lösungen in Geschäftsprozessen zu etablieren.“



Marco Buschmann,
rechtspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion

„FDP und Union haben ein Ehrenamtspaket durch Bundestag und Bundesrat gebracht. Das **Ehrenamtspaket** kommt mehr als 23 Millionen Bürgern in fast 600 000 eingetragenen Vereinen und rund 19 000 Stiftungen zugute. Es beinhaltet die Anhebungen der Ehrenamtszuschale um 220 Euro auf 720 Euro und die Anhebung der Übungsleiterzuschale um 300 Euro auf nunmehr 2 400 Euro. Auch wird die zivilrechtliche Haftung von ehrenamtlich tätigen Vereinsmitgliedern beschränkt.“

Wie lange sind Sie schon Mitglied bei den Liberalen und was hat Sie dazu bewogen?

Seit Dezember 1980. Weil ich selbst etwas bewegen wollte, anstatt politische Entscheidungen anderen zu überlassen.

Welches politische Projekt ist Ihnen am wichtigsten?

Die Freiheit des Einzelnen und unsere Bürgerrechte.

Das schönste Amt neben dem Papst der katholischen Kirche ist nicht der SPD-Vorsitz, sondern ...?

Die Frage, ob das Amt des Papstes schön oder erstrebenswert ist, lasse ich mal dahingestellt. Für mich persönlich haben meine Heimat Düsseldorf und die Kommunalpolitik immer einen hohen Stellenwert: Deshalb kann mir der SPD-Vorsitz gestohlen bleiben, aber ein großartiges Amt ist das des OB in Düsseldorf.

Welches politische Feld finden Sie persönlich richtig spannend?

Jedes Thema kann spannend sein, es kommt immer darauf an, was man daraus macht. Zu tun gibt es ja für Liberale überall viel. Mein Herz schlägt aber ganz besonders für liberale Bürgerrechtspolitik und – als überzeugte Parlamentarierin – natürlich für das Königsrecht des Parlaments, den Haushalt.

Welchen politischen Gegner mögen Sie gerne persönlich und warum?

Wenn ich unter den vielen fachlich geschätzten und persönlich lieb gewonnenen Kolleginnen und Kollegen eine auswählen müsste, die ich Lieblingskollegin nenne, dann wäre das Dorothee Bär (CSU). Wir sind uns politisch nicht immer einig, aber wir sind uns einig, dass wir uns mit Respekt begegnen, weil wir beide mit Leidenschaft für unsere Überzeugungen kämpfen. Wir können uns über Sachfragen streiten, aber wir können immer auch zusammen lachen. Das schätze ich an Dorothee Bär am meisten. Fränkischer und rheinischer Humor geht über Parteigrenzen hinweg.

Wo ist Ihr Lieblingsort in Düsseldorf?

Mein Balkon im Sommer ... und überall da, wo meine Freunde sind.

Welches Buch haben Sie zuletzt gelesen?

Sehr unterhaltsam: Düsseldorf – Köln... Eine gepflegte Rivalität von Annette Fimpeler.

Für welchen Musiker / welche Band würden Sie selbst ein Open-Air-Konzert im Regen hinnehmen?

Für die Toten Hosen, Take That, Depeche Mode ...

Für welche Fernsehsendung – außerhalb der Politik – nehmen Sie sich Zeit?

Für die Sportschau.

Welchen Tabellenplatz trauen Sie der Fortuna zum Saisonende zu?

Mindestens den 15. Platz, auf keinen Fall wird Fortuna absteigen!

Einen freien Tag verbringen Sie am liebsten wie?

Mit Familie oder Freunden, für die ich sonst so wenig Zeit habe.

Womit kann man Sie auf die Palme bringen?

Mit Unpünktlichkeit und anderen schlechten Umgangsformen.

Am 23.09.2013 machen Sie was?

Nach einem langen und fröhlichen Abend, an dem ich nach einem eingespielten Wahlkampf mit meinen Parteifreunden in Düsseldorf den Erfolg der FDP gefeiert habe, fliege ich nach Berlin zur Fraktionssitzung.



Gisela Piltz

wurde 1964 in Köln geboren. Nach Abitur und Ausbildung arbeitete sie bis 1987 bei der Stadtverwaltung Düsseldorf als Stadtinspektorin. Es folgte das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bonn; 1996 legte sie das zweite Staatsexamen ab. Seit 2003 gehört sie einer Anwaltssozietät in Köln als Rechtsanwältin an.

Politisch ist Piltz seit ihrer Jugend bei den Liberalen aktiv, gründete mit Guido Westerwelle die JuLiS. Von 1999 bis 2003 bekleidete sie das Amt der Fraktionsvorsitzenden im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Dem Deutschen Bundestag gehört sie seit 2002 an. 2009 erfolgte die Wahl zur stellv. Fraktionsvorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion.

Mehr über Gisela Piltz:

www.gisela-piltz.de



/pages/Gisela-Piltz-MdB/58715771490